



Hannover, 17.12.2018

## Pressemitteilung

### **AfD-Meldeportal dient der Einschüchterung und der Verunsicherung unserer Lehrkräfte**

„Der Aufruf der AfD zur Denunziation unserer Lehrkräfte ist widerwertig und wird von uns verurteilt“, so der Vorsitzende des Schulleitungsverbands Niedersachsen, Frank Stöber, zur Einrichtung des AfD-Meldeportals in Niedersachsen.

Unsere Lehrkräfte unterrichten kritisch und setzen sich somit differenziert mit allen politischen Parteien und deren Positionen auseinander. Sie setzen den Bildungsauftrag gemäß dem niedersächsischen Schulgesetz §2 dahingehend um, als dass sie Schülerinnen und Schüler befähigen „ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter“ zu gestalten.

„Sich religiös und weltanschaulich sowie parteipolitisch neutral zu verhalten, gehört zu den grundlegenden gesetzlichen Pflichten von Lehrkräften und es ist unsere Erfahrung, dass sich die Lehrkräfte unseres Landes an dieses Neutralitätsgebot halten“, so der Vorsitzende.

Wenn der Kultusminister den Lehrkräften und Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeitern in Niedersachsens Schulen sein Vertrauen ausspricht, dann stellt stellt sich der SLVN hinter dieses Bekenntnis und betont, dass auch die Schulleitungen ihren Lehrkräften vertrauen, dass sie sorgsam und verantwortungsvoll mit ihren Pflichten als Beamte des Landes umgehen.

„Die widerwertige Form der Denunziation lehnen wir entschieden ab, weil sie Misstrauen sät und ein Relikt längst vergangener Zeiten darstellt, die wir glücklicherweise überwunden haben.

Wer diesen Weg dennoch geht, sehnt sich offensichtlich nach alten Zeiten zurück“, meint der Vorsitzende des größten deutschen Schulleitungsverbands. Der bildungspolitische Sprecher der AfD Fraktion im niedersächsischen Landtag hat die Tragweite dieser Denunziationsplattform nicht verstanden, wenn er argumentiert, dass „wer sich an das Neutralitätsgebot hält, sich entspannen [kann]“.

„Wie der Minister auch, widersprechen wir als Vertretung der Schulleitungen in Niedersachsen der AfD-Misstrauenskampagne gegen unsere Lehrkräfte und wir fordern Sie, unsere Lehrerinnen und Lehrer, gleichzeitig auf, menschenverachtende und diskriminierende Positionen im Unterricht zu thematisieren und die Gesinnung derer, die den Nationalsozialismus als ‚Vogelschiss der Geschichte‘ betrachten oder das Holocaust Denkmal in Berlin als ‚Denkmal der Schande‘ bezeichnen, zu entlarven“, betont Stöber.

„Ich ermutige unsere Lehrkräfte und unsere Schulleitungen ausdrücklich, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern sich zu unserer demokratischen, freiheitlichen Grundordnung zu bekennen, zu der die freie Meinungsäußerung als ein wichtiges Gut gehört“, macht der Verbandsvorsitzende deutlich.

Vorsitzender